Bundesrat **Drucksache 258/1/91**

16.09.91

EG - Wi

Empfehlungen
der Ausschüsse

zur

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft über die Europäische Elektronik- und Informatikindustrie: Situation, Chancen und Risiken, Aktionsvorschläge

SEK(91) 565 endg.; Ratsdok. 5653/91

Punkt der 634. Sitzung des Bundesrates am 27. September 1991

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften (EG) und
der Wirtschaftsausschuß (Wi)
empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung zu nehmen:

EG
Wi

1. Der Bundesrat begrüßt die in der Mitteilung der Kommission enthaltene Analyse der industriellen und technologischen Situation der Gemeinschaft im Bereich der Elektronik- und Informatikindustrie als erste branchenbezogene Untersuchung auf der Grundlage der im November 1990 vom Rat gebilligten Orientierungen für eine Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld. In diesem Zusammenhang bittet der

Ausgeliefert am 17. SEP. 1991 ...

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 06 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946

258/1/91

Bundesrat die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, daß der Bereich Telekommunikation wegen der engen Verflechtung von Informatik und Kommunikationstechnik in die Analyse mit einbezogen wird.

EG
Wi

2. Der Bundesrat befürwortet das Bestreben der Kommission, Marktzutrittsschranken abzubauen, die Märkte weltweit zu öffnen und die notwendigen Infrastrukturen für den europaweiten Einsatz neuer Technologien zu schaffen.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, dafür einzutreten, daß die Kommission sich in ihren Aussagen auf die Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen als Ansatzpunkte für unternehmerische Aktivitäten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen konzentriert.

Der aus der Analyse heraus entwickelte Orientierungsrahmen mit den fünf vorgeschlagenen Aktionen wird nach Maßgabe und unter Einbeziehung nachstehender grundsätzlicher Erwägungen wie konkretisierter Ergänzungen zustimmend zur Kenntnis genommen. Dabei sollte deutlich zum Ausdruck kommen, daß die Förderung der Anwendungen der Elektronik-, Informations- und Telekommunikationstechnik elementarer Bestandteil der gemeinschaftlichen Industriepolitik ist. Über den strategischen Schwerpunkt "Nutzung mikroelektronischer Anwendungen" ließen sich gegenüber der internationalen Konkurrenz langfristig Vorteile für die europäische Wirtschaft gewinnen.

EG
Wi

3. Es ist primäre Aufgabe der Industriepolitik, die Gemeinschaft als Ganzes und in ihren Teilen als Industrie- und Investitionsstandort attraktiv zu

...

erhalten und günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmen zur Stärkung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit sowie eine moderne Infrastruktur zu schaffen, damit Arbeitsplätze und überregionale Einkommensquellen möglichst erhalten und neu geschaffen werden.

Entsprechend den Grundsätzen einer wettbewerbsorientierten sozialen Marktwirtschaft liegt die Hauptverantwortung für Aktivitäten zur Anpassung an die Marktbedingungen und für eine aktive Bewältigung des Strukturwandels bei den Unternehmen selbst.

Flankierende öffentliche Aktivitäten auf gemeinschaftlicher, nationaler und regionaler Ebene sollen längerfristige klare und berechenbare Perspektiven schaffen, die eine wichtige Voraussetzung für die langfristigen Planungen und Investitionen in den Unternehmen sind.

EG
Wi

4. Bei der Ausgestaltung der Aktionen ist das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Die primäre Zuständigkeit für die Industriepolitik, insbesondere für gezielte Fördermaßnahmen für einzelne Technologiebereiche, liegt jeweils bei den Mitgliedstaaten. Gemeinschaftliche Aktionen können nationale und regionale Maßnahmen insbesondere wirkungsvoll ergänzen, soweit einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes dienlich sind und hierfür Pilotfunktion haben. Dabei sind kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu berücksichtigen.

258/11/91

Aktionen im Bereich der Nachfrage

EG
Wi

5. Der Bundesrat teilt die Auffassung der Kommission, daß in der Vergangenheit die starke nationale Zersplitterung der Märkte in Europa ein wesentliches Hemmnis für die Herausbildung international wettbewerbsfähiger Strukturen der europäischen Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie darstellte. Er begrüßt daher die von der Kommission vorgesehenen Aktionen.

   Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ist für den Bereich der Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie von grundlegender Bedeutung, um die Zersplitterung der Vergangenheit zu überwinden und einheitliche Normen und technische Standards sowie grenzüberschreitende Märkte und Netze und Systeme der Telekommunikation zu schaffen. Eine enge Zusammenarbeit der europäischen Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsunternehmen erscheint geeignet, verstärkt komparative Vorteile auf einem großen europäischen Binnenmarkt zu realisieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den großen Anbietern insbesondere aus Japan und den USA mit ihren eigenen dynamischen Binnenmärkten zu fördern.

Aktionen im Bereich der Technologie

EG
Wi

6. Die verstärkte Fortführung der vereinbarten Gemeinschaftsprogramme und die Auflage einer zweiten Generation von Technologieprogrammen zur Förderung der technologischen Forschung und Entwicklung in der europäischen Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie unter angemessener Berücksichtigung der kleinen und mittleren Unternehmen kann die nationalen und regionalen Technologieförderprogramme wirkungsvoll ergänzen.

...

Die Verstärkung der technologischen Basis liegt im Interesse eines Abbaus des technologischen Gefälles insbesondere zu den führenden Unternehmen in den USA und Japan und im Interesse einer Verringerung der technologischen Abhängigkeit Europas von einer kleinen Zahl von Anbietern auf dem Weltmarkt.

Gemeinschaftsprogramme können insbesondere dazu beitragen, auf ausgewählten und besonders anspruchsvollen Gebieten das technische und finanzielle Risiko der notwendigen FuE-Investitionen auf mehrere Schultern zu verteilen.

Um die erforderliche und angestrebte Schwerpunktbildung in der FuE-Politik der EG zu unterstützen, sollten hierbei z.B.

- eine stärkere Berücksichtigung der Marktgegebenheiten zukünftiger Projekte beachtet werden,
- besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der Chip-Technologien in Anwendungsfelder unter besonderer Berücksichtigung der Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilindustrie, Feinmechanik, Optik, Datentechnik und Umwelttechnik gelegt werden,
- Prioritäten auf Bereiche wie Mikrosystemtechnik, rechnergestützte Schaltungsentwürfe und Tests in Verbindung mit anwenderspezifischen Anforderungen und Vorgaben gesetzt werden, um die bestehenden Probleme bei der Technologieumsetzung zu eliminieren.

258/1/91

Diese Maßnahmenvorschläge sind für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber den amerikanischen und japanischen Herstellern von herausragender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unverständlich, daß die EG ihren Mitfinanzierungszusagen gerade für das Mikroelektronikprojekt JESSI bislang nicht nachgekommen ist. Auch beim neuen ESPRIT-Programm sind Finanzierungsverzögerungen zu befürchten.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die Bereitstellung der beantragten Mittel durch die EG entsprechend den Erfordernissen der FuE-Institutionen und -unternehmen erfolgt.

Aktionen im Bereich der Ausbildung

EG (bei Annahme entfällt Ziffer 8)

7. Der Bundesrat ist mit der Kommission der Auffassung, daß insbesondere in der Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie und in deren Anwenderindustrien die Aus- und Fortbildung mit der Entwicklung der neuen Informationstechnologien Schritt halten muß.

   Der Bundesrat bekräftigt aber zugleich seine Auffassung, daß die Bildungspolitik kein Instrument oder Annex der Gemeinschaftspolitik zur Wirtschaftsentwicklung ist.

   Der Bundesrat weist überdies darauf hin, daß Berufsaus- und -fortbildungsmaßnahmen in die Zuständigkeit und Verantwortung der Mitgliedstaaten fallen.

...

Wi

8. Der Bundesrat hält wie die Kommission insbesondere in der Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie und in deren Anwenderindustrien die Fragen der Qualifizierung und der Verstärkung der Investitionen in das Humankapital für ein Thema, das gleichrangig neben den Themen der FuE- und Investitionsförderung stehen muß.

   Bei der Ausgestaltung der Aktionen der Gemeinschaft auf diesem Gebiet sind die Mitgliedstaaten intensiv zu beteiligen.

Aktionen im Bereich der Außenbeziehungen

EG
Wi

9. Von wesentlicher Bedeutung für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Elektronik- und Informatikindustrie einschließlich der Telekommunikationsindustrie ist der freie und gleichberechtigte Zugang der europäischen Unternehmen einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen zu den Drittlandmärkten.

   Die industriepolitischen Initiativen für die Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie sollten offen und horizontal angelegt sein und dürfen nicht zu einer Verengung der Wettbewerbsstrukturen und zur Bevorzugung einiger weniger Unternehmen führen. Besonders auch im Hinblick auf das große Spektrum leistungsfähiger europäischer kleiner und mittlerer Unternehmen sollen die Aktionsprogramme dazu beitragen, die Vielfalt des Angebots und ein hohes Wettbewerbsniveau aufrechtzuerhalten.

258/1/91

Soweit die Aktionen zu einer Stärkung der technologischen Basis und zu verbessertem Know-how führen, muß sichergestellt werden, daß die Benutzer und Anwenderindustrien ebenfalls einen freien und gleichberechtigten Zugang zu den Ergebnissen erhalten, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den Technologietransfer auf breiter Front zu verstärken.

Zur Förderung dieses Ziels sollte bei der weiteren Ausgestaltung der Aktionen eine enge Einbeziehung und Konsultation der Benutzerkreise erfolgen, damit die Interessen der europäischen Anwender an einem ungehinderten und freien Zugang zu den modernsten Technologien der Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie zu wettbewerbsorientierten Marktpreisen gewahrt werden.

Für die Herstellerunternehmen der Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung, daß das europäische Kartellrecht in wettbewerbskonformer Weise dazu beiträgt, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem europäischen Markt und unter Berücksichtigung der wachsenden Internationalisierung und Globalisierung der Weltmärkte zu erschließen.

Der Bundesrat begrüßt die Zielsetzung der Kommission, in den internationalen Verhandlungen im Rahmen ihrer Handelspolitik und insbesondere in der Uruguay-Runde des GATT, den europäischen Unternehmen der Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie den Zugang zu Drittmärkten - vor allem in den USA und Japan - im Gegenzug zu der Öffnung des europäischen

...

Binnenmarktes zu erleichtern und faire Wettbewerbsbedingungen im Welthandel herzustellen. Dies gilt gleichermaßen für die Länder der EFTA und für die mittel- und osteuropäischen Länder, mit denen die EG-Kommission Assoziierungsabkommen aushandelt.

Der Bundesrat ist in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Rates der Industrieminister vom 29. April 1991 der Auffassung, daß die Kommission in diesem Zusammenhang umgehend weitere eingehende Untersuchungen über mögliche Wettbewerbsverzerrungen auf den Weltmärkten, insbesondere im Hinblick auf die Bedingungen für den Zugang zu fortgeschrittenen Technologien, Investitionen und Vertriebsnetzen, durchführen und bei der weiteren Ausgestaltung der Aktionsprogramme berücksichtigen sollte.

Aktionen im Umfeld der Unternehmen

EG
Wi

10. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß bei der Ausgestaltung möglicher Maßnahmen im Umfeld der Unternehmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für die hohen FuE- und Investitionsaufwendungen im Bereich der fortgeschrittenen und im Hinblick auf den Markterfolg risikobehafteten Technologien der Elektronik-, Informatik- und Telekommunikationsindustrie eine enge Abstimmung mit den Vertretern des Bankensystems erfolgen sollte.

Die Suche nach neuen Finanzierungssystemen im Risikokapitalbereich zur Verstärkung der Neigung zur Risikofinanzierung in Europa im Vergleich zu den USA und Japan ist seit Jahren ein generelles und übergeordnetes Thema in der Bundesrepublik Deutschland und den Nachbarstaaten.

Zur Lösung von Problemen bei der Normung und Standardisierung bei Hardware- und Software-Produkten und der Integration der Normung und Standardisierung in die Produkte sollten institutionalisierte Koordinierungseinrichtungen als Interessenvertreter der Anwenderindustrie, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen einbezogen werden.

EG
Wi

11. Der Industrierat der EG hat am 29. April 1991 die Kommission ersucht, dem Rat sobald wie möglich konkrete Initiativen und Maßnahmen auf der Basis der fünf Aktionsbereiche vorzuschlagen.

Der Bundesrat hält deshalb nach Vorlage dieser Papiere eine weitere Prüfung und Bewertung für erforderlich. Das gleiche gilt für die mögliche Verzahnung zwischen der vorliegenden Mitteilung der Kommission zur Elektronik- und Informatikindustrie und der noch zu erwartenden Mitteilung der Kommission zum Bereich Telekommunikation.